

Wilsdruffer Tageblatt

Sechster Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Original folgt mit Wilsdruff der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zusendung bei Selbstabnahme monatlich 5 Mk., durch unsere Auftraggeber in der Regel monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 5.00 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 17.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen werden unter Beachtung und Berücksichtigung der Bestimmungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe der Bezugsgebühren.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 242.

Sonnabend den 15. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts vom 20. August 1921 bestehen die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 über Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen unverändert fort. Es bedarf sonach, wie das Ministerium des Innern durch Verordnung vom 10. Oktober 1921 bestätigt hat, zu Auf- und Abzügen auf öffentlichen Straßen und Plätzen der Genehmigung der Polizeibehörde.

Wilsdruff, am 13. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Schule zu Grumbach.

Montag den 17. Oktober 1921 nachmittags 2 Uhr Beginn des Mädchen-Fortbildungsschul-Unterrichts. Alle Ostern 1921 aus der Volksschule entlassenen Mädchen sind fortbildungsschulpflichtig. Ueber den gegenwärtigen oder kommenden Besuch anderer Unterrichts-Anstalten ist ein Nachweis hierher zu erbringen.

Grumbach, am 13. Oktober 1921.

Die Schulleitung.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung nahm in einer amtlichen Erklärung zu der durch die Genfer Beschlüsse geschaffenen Lage Stellung.

* In Berlin finden Besprechungen der Parteiführer mit dem Kanzler über die Frage der Regierungsumbildung statt.

* Im Preussischen Landtag hielt Präsident Reinert im Namen der großen Mehrheit eine Protestrede gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.

* Die „Bereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier“ richteten an den Völkerrundrat, Lloyd George, Harding, Bonomi und Ritti Proteste gegen die Zerstückelung Oberschlesiens.

* Die unklaren Nachrichten über die oberösterreichische Frage haben die Kurse für ausländische Zahlungsmittel in Berlin sprunghaft in die Höhe getrieben. Der Dollar stieg bis auf 143 1/2.

* London wünscht angeblich eine Nachprüfung, ob der Genfer Schiedsspruch mit den Bestimmungen des Versailler Vertrages übereinstimmt.

* Der Oberste Rat wird im Laufe der nächsten oder übernächsten Woche in London zusammentreten, um die Entscheidung des Völkerrundrates über Oberschlesien zu erörtern.

* Senator Anwar ist in Washington gestorben.

Betrogen!

Die deutsche Regierung muß, als wenn sie an Oberschlesien, an deutschem Land und deutschem Volk kein eigenes Interesse mehr haben dürfte, auf den genauen Inhalt der Entscheidung des Völkerrundrates ebenso warten wie etwa die Einwohner von China oder Brasilien. Nicht eine amtliche Mitteilung über das, was in Genf beschlossen worden ist, hat sie bisher erreicht. Unter diesen außerordentlich betäubenden Umständen zu der neuen Lage klare Stellung zu nehmen, bedeutet für das Kabinett Wirth eine schier unerfüllbare Zumutung. Die Reichsregierung hat es deshalb vorgezogen, in einer amtlichen Mitteilung zunächst nur die allgemeine Erregung zu befriedigen, die die Nachrichten aus Genf im ganzen deutschen Volke hervorgerufen haben. Eine Entscheidung, wie sie danach zu befürchten sei, würde von Deutschland als Vergeßlichkeit und hartes Unrecht empfunden werden, sie würde unablässige Beunruhigungen und Zwistigkeiten zur Folge haben und dem deutschen Wirtschaftskörper eine unheilbare Wunde schlagen. Rame es so, wie die Ankündigungen aus Genf erwidern ließen, so würden die Voraussetzungen einsehend beeinträchtigt, unter denen die gegenwärtige Regierung die Geschäfte des Reiches übernommen und geführt habe.

Soweit die Regierung. Sie behält sich also offensichtlich ihre letzte Entscheidung noch vor, auf die selbstverständlich von den Parteien nach verschiedenen Richtungen hin eingewirkt wird. Inzwischen ist der Völkerrundrat endlich auseinandergegangen. Mit Worten des Lobes hat Präsident Nishi seine Mitarbeiter entlassen, und eine längere Darlegung des Völkerrundrats-Sekretariats sucht, ohne der Welt den Inhalt des abgegebenen Gutachtens des näheren zu verraten, mit ungläublich verlegenen Redensarten zu begründen, warum die Entscheidung so wie es geschehen ist getroffen wurde. Selbstverständlich erklärt man, daß man sich genau an die Vorschriften des Friedensvertrages gehalten habe. Wenn man trotzdem zu einem Ergebnis gekommen ist, daß kein Mensch vor und seit diesem Friedensvertrage für möglich gehalten hätte, daß Dr. Luskshel, der Vorsitzende des deutschen Schiedsbundes in Oberschlesien mit Recht für irrtümlich erklärt hat, so braucht das amtliche Genfer Kommuniqué vergeblich viel Worte, um sich bedwingen vor der Welt zu rechtfertigen. Man hört aus allem nur den offenbar von vornherein festgestellten Entschluß heraus, sich so zu entscheiden, daß den Lieben, von Frankreich jährlich beschützten Polen ein möglichst fettes Gericht ausgetragen werden konnte. Alle Gründe und Beweise, mit denen Deutschland von Anfang an die Unreife der Indusriefrage dargelegt hat, werden hervorgehoben, um — mit einem Sprung von dalschweizerischer Kühnheit zu der Folgerung zu gelangen, daß Oberschlesien geteilt werden müsse! Nur müsse diese Teilung so vorgenommen werden, daß sie nicht zugleich zur wirtschaftlichen Verwüstung des Landes führe, und diese Sorge habe man sich unter Zustimmung von Sachverständigen ordentlich angelegen sein lassen. So seien Vorstöße entstanden über die Fortführung der Verwaltung des Landes und über eine Reichsregierung Übergangsbestimmungen für längstens 15 Jahre. So lange also soll Deutschland seine ganze Arbeitskraft aufwenden, um die köstlichen Gebiete nur ja

recht ordentlich zusammenzubalten, recht produktiv zu entwickeln und sie schließlich in echt deutscher Volkstüchtigkeit an Polen übergeben zu können. Eine Lösung, die man verstanden hätte, nennen könnte, wenn sie nicht so verteuflicht dumm wäre. Der deutsche Michel hat sich nicht gerade als ein Feind von Selbstsucht und Eigenmut erwiesen, aber so töricht wird er hoffentlich nicht sein, um dieser gewaltigen Aufgabe der Dreifachheit des Völkerrundrates zum Zuge zu verhehlen.

Ganz einig ist man sich freilich im Ententelager noch nicht, wie dieser neue Scherzstreich gegen Deutschland verstanden werden soll. In Paris möchte man ihn halb über Kopf, ohne viel Formalitäten ins Werk gesetzt haben, während London noch ein etwas umständlicheres Verfahren für nötig hält und deswegen eine neue Sitzung des Obersten Rates fordert. Darüber scheinen sich die beiden Verbände wieder etwas in die Haare geraten zu wollen. Ob indessen diesmal Lloyd George oder Briand seinen Willen durchsetzt, für Deutschland läme es darum wenig an. Gefürchtet werden zu werden, macht sich für denjenigen, der auf dem Herdfeuer gebracht werden soll, einen herlich geringen Unterschied. Daß von Lloyd George nichts mehr für uns zu erwarten ist, darüber wird der Bericht des deutschen Botschafters über seinen Gespräch mit dem britischen Minister des Auswärtigen wohl nicht den geringsten Zweifel gelassen haben. Wenn es sich für uns nur noch darum handelt, ob und welche Rettung für Oberschlesien wir noch in uns selbst zu finden vermögen. Die Entscheidung darüber liegt bei der Reichsregierung und beim Reichstag.

Die deutsche Mark bleibt.

Die amtliche Mitteilung des Völkerrundrates, die nach Schluß der Tagung ausgegeben wurde, vermeidet jede Angabe über die neue Grenze, teilt aber mit, daß durch das Industriegebiet geht. Im übrigen gelten die Bestimmungen ausschließlich den Vereinbarungen, mit deren Hilfe die wirtschaftliche Ungeheuerlichkeit dieser neuen Grenzführung abgeschwächt werden soll. Die wichtigsten Bestimmungen beziehen sich auf die

Beibehaltung der deutschen Mark

als gesetzliches Zahlungsmittel in den an Polen abgetretenen Gebieten, die Eisenbahnfrage, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung, die Zollfreiheit für gewisse Produkte, wie Kohle und Zink, und den Schutz der politischen Minoritäten. Alle diese Bestimmungen gelten nur für eine Übergangszeit, die in den einzelnen Fällen verschieden bemessen ist und höchstens fünfzehn Jahre dauern soll.

Die Zerstückelung Oberschlesiens.

Die vorgeschlagene Grenzlinie.



Was ist zu tun?

Die Kabinettsberatungen in Berlin. Die durch die Genfer Beschlüsse hervorgerufene Regierungskrise verbunkelt in Berlin nach wie vor den politischen Himmel, aber sie scheint im Augenblick doch nicht zum vollen Ausbruch zu kommen, sondern man überlegt sich statt dessen erst einmal die Frage, was dann geschehen soll, wenn das Kabinett zurückgetreten ist. Das ist eine durchaus richtige Haltung der maßgebenden Kreise, denn es kommt jetzt — das hat man aus den schlimmen Erfahrungen bei früheren Regierungswechseln in kritischen Augenblicken glücklicherweise gelernt — vor allem darauf an, im entscheidenden geschäftlichen Moment eine aktionsfähige Regierung zu erhalten.

Dementsprechend ist man vorläufig dahin übereingekommen, daß das Kabinett Wirth seinen geplanten Rücktritt unter keinen Umständen überlegt erklären soll. Man wird erst die amtliche Bekanntgabe des Völkerrundratsbeschlusses abwarten, und wird dann erst in eine genaue sachliche Prüfung der Wirkungen dieses Genfer Beschlusses, besonders nach der wirtschaftlichen Seite hin, eintreten. Der springende Punkt ist bei allem die Frage, ob unter den neu geschaffenen unendlich erschwerten Umständen das Programm der Erfüllung des Ultimatum noch aufrecht erhalten werden kann, welches die politische Grundlage des Kabinetts Wirth bildet. Man ist zu der Überzeugung gekommen, daß dazu keine Möglichkeit bestehe, und daß man, falls die Genfer Beschlüsse sich in der jetzt bekannten Form befähigen, versuchen muß, eine Herabsetzung unserer Verpflichtungen zu erreichen. Gleichzeitig hält man mehr als je gerade im letzten Augenblick eine Zusammenfassung aller Kräfte und damit

eine Vertiefung der Regierungsbasis für notwendig, einestheils, um der Regierung die nötige Festigkeit nach außen hin zu geben, andererseits, um ihr jetzt alle irgend erreichbaren Hilfsquellen im Innern aufzuschließen. Die Meinung des Kanzlers geht dahin, daß eine Lösung der neuen Schwierigkeiten nur durch internationale Verhandlungen erzielt werden kann und es müsse Deutschlands Bestreben sein, das Ausland einbildlich davon zu überzeugen, daß durch einen Verlust Oberschlesiens die gesamte Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird und daß Deutschland an solchen internationalen Besprechungen teilnehmen muß. Zunächst glaubt er, daß es unumgänglich nötig ist, das Erfüllungsprogramm grundsätzlich aufrechtzuerhalten, aber seine Einschränkung anzustreben. Dazu bedarf es energischer Schritte, die durch eine plötzliche Regierungskrise nur verhindert werden könnten. So werden augenblicklich vor allem die

Kreditverhandlungen mit der Industrie aktiv fortgesetzt, weil nur dadurch das Reich bald in den Besitz der dringend notwendigen Geldmittel kommt. Dieses Unternehmen scheint aber ohne gleichzeitige Verwirklichung der „großen Koalition“ wenig Aussicht auf Erfolg zu haben, weshalb die Anstrengungen des Kanzlers gleichzeitig auf deren Zustandekommen gerichtet sind. Bei den Parteien herrscht allerdings noch keineswegs Einigkeit über die Schritte, die jetzt getan werden müssen. Während die Sozialdemokraten das Kabinett Wirth halten wollen, oder doch den jetzigen Kanzler auch mit der Bildung einer neuen Regierung betrauen wollen, scheinen die Demokraten zu beabsichtigen, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen. Allerdings genießt Dr. Wirth persönlich auch bei den Demokraten ebenso wie beim Zentrum nach wie vor volles Vertrauen. Die Entscheidung wird darüber, ob das Kabinett bleibt, ob es nur eine geringe Veränderung oder eine völlige Neubildung erfährt, wird in diesen Tagen in Besprechungen mit den Parteiführern gefaßt. Zur oberösterreichischen Frage selbst wird dann der Reichstag voraussichtlich in der nächsten Woche Stellung nehmen.

Und der Friedensvertrag...?

Stimmen des Auslandes. Wenn es auch durchaus verfehlt wäre, eine Wendung zum Besseren in der oberösterreichischen Entscheidung von irgendwelchen Meinungsveränderungen zwischen den Entente-Staaten zu erwarten, denn diese haben sich in allen kritischen Fällen immer sehr rasch auf unsere Kosten geeinigt, so verdienen doch einige bedenkliche Stimmen Beachtung, die sich besonders in London erheben, wo man